

Finger weg von den Altschulden

Von Jan Hauser

Wenn der Bund Schulden der Städte und Gemeinden übernimmt, macht er vieles falsch.

Steuergeld lässt sich für vieles ausgeben, für schnelle Internetleitungen, für mehr Pädagogen oder Spitzenforschung. Wofür allerdings Bundesfinanzminister Olaf Scholz demnächst etliche Milliarden Euro aus seinem Haushalt verwenden möchte, ist aus verschiedenen Gründen fragwürdig und in der Verfassung so bislang nicht vorgesehen. Der Vizekanzler, der sich gerade gemeinsam mit Klara Geywitz um den SPD-Vorsitz bewirbt, will einen Teil der Altschulden der Kommunen übernehmen. Es geht um die sogenannten Kassenkredite, die ursprünglich nur als eine Art Dispokredit der Kommunen zur kurzfristigen Finanzierung gedacht waren, mancherorts aber immer tiefer in die Verschuldung führten.

Scholz' Plan ist schon im Ansatz verfehlt. Er benachteiligt Kommunen, die in der Vergangenheit aus eigener Kraft oder mit Hilfe ihrer Länder gespart und solide gewirtschaftet haben. Auch sind Altschulden der Städte, Gemeinden und Landkreise eigentlich ein Problem von gestern. Insgesamt sinken sie jedenfalls schon, ohne dass Scholz als Samariter auftritt. Das Statistische Bundesamt beziffert die kommunalen Kassenkredite zum Jahresende 2018 auf 35 Milliarden Euro. Vor drei Jahren erreichten sie fast die Schwelle von 50 Milliarden Euro. Steigende Steuereinnahmen und geringe Zinszahlungen besserten die Stadtkasse jedoch an vielen Orten auf.

Der Städtetag warnt hingegen, dass sich Kommunen mit besonders hohen Kassenkrediten trotz mancher Anstrengungen der Länder nicht aus ihrer Lage befreien könnten. Der Verband dringt auf rasche Hilfe durch die Bundesregierung. Hoffnung macht den verschuldeten Städten der Regierungsbericht der Kommission zu „Gleichwertigen Lebensverhältnissen“ aus dem Juli: Darin steht zwar, dass grundsätzlich die Länder für die Finanzausstattung der Kommunen verantwortlich seien, der Bund aber einen Beitrag leisten könne, wenn es einen nationalen politischen Konsens gebe, den betroffenen Kommunen einmalig gezielt zu helfen. Seither tritt Scholz dafür ein, Kommunen zu unterstützen, die ihre Schulden aus eigener Kraft nicht mehr loswerden können.

Dabei ist die Bundesregierung nach dem Grundgesetz gerade nicht für die Finanzen der Städte, Gemeinden und Landkreise zuständig. Dass manche Landesregie-

rung ihre Kommunen schlechter als andere versorgt, ist kein Grund, sie aus der Verantwortung zu entlassen. Es fällt auf, dass zwei Drittel der kommunalen Kassenkredite in Nordrhein-Westfalen beheimatet sind, der Rest vor allem in Rheinland-Pfalz und im Saarland. Das deutet auf Versäumnisse dieser drei Länder. Allein auf den Strukturwandel im Ruhrgebiet lassen sich die kommunalen Kassenkredite in Nordrhein-Westfalen jedenfalls nicht schieben. Andere Bundesländer haben ebenfalls wirtschaftsschwache Regionen, aber nicht solche Schuldenstände. Ein Beispiel: In der Flüchtlingskrise 2015 hat die nordrhein-westfälische Landesregierung den Kommunen anfangs Pauschalen je Flüchtling gezahlt, die den Städten nicht ausreichten, während Bayern seinen Gemeinden die Ausgaben weitgehend genau erstattet hat.

Sollten die kommunalen Einnahmen dauerhaft zu gering ausfallen und das jeweilige Bundesland seinen Kommunen nicht genügend Geld für ihre Aufgaben geben, müssten die Finanzströme zwischen Bundesregierung, Ländern und Kommunen anders verteilt werden – statt mit einer Einzelmaßnahme wie der Altschuldenübernahme durch den Bund falsche Finanzstrukturen beizubehalten. Allerdings ändern sich die Bund-Länder-Finanzbeziehungen ohnehin im kommenden Jahr, die Folgen sollten abgewartet werden. Generell wäre es wünschenswert, wenn den Kommunen nicht noch mehr Aufgaben vorgegeben würden, sondern sie mit mehr finanziellem Spielraum selbst entscheiden könnten, wie sie sich um ihre Einwohner kümmern.

Für die Finanznot einer Stadt gibt es meist mehrere, individuelle Gründe, doch am Ende obliegt die Aufsicht über den Haushalt dem Bundesland, nicht der Bundesregierung. Darüber könnte Scholz fachsimpeln mit seinem Konkurrenten um den SPD-Vorsitz, Norbert Walter-Borjans, der es im Duo mit Saskia Esken ebenfalls in die Stichwahl geschafft hat. Was Walter-Borjans in seiner Zeit als nordrhein-westfälischer Finanzminister von 2010 bis 2017 wohl für die kommunalen Finanzen getan hat?

Wie es besser geht, verraten die Programme der Bundesländer, die ihren Gemeinden gegen Auflagen helfen, die Altschulden abzubauen. Zuletzt hat Hessen mit der „Hessenkasse“ die kommunalen Kassenkredite um etwa 5 Milliarden Euro gesenkt. Für jene, die sich um die kommunalen Finanzen wirklich kümmern, muss es als üble Strafe für geringe Schulden erscheinen, wenn die Bundesregierung anderswo nun einspringt. Scholz' Schuldenhilfe wäre in Wahrheit zu weiten Teilen eine Subvention für Nordrhein-Westfalen.